

25. 10. 79

Brokdorf-Prozeß-Info Nr. 5



Fortsetzung des
Prozesses am
26. + 27. 11. 79
Schleswig

Kontakte:

Prozeßgruppe Brokdorf c/o
Paulsen, Arentsee,
2211 Brokdorf, Tel. 04858/538

Brokdorf-Prozeßgruppe der BUU
Hamburg c/o Laden, Lutteroth-
str. 33, 2000 Hamburg 19,
Tel. 040/402782

3 Jahre nach der Nacht- und Nebelaktion: Stellungnahmen zur ersten Prozeßrunde

In der ersten Prozeßwoche vom 1.- 5. 10. 1979 wurden die Sachverständigen befragt, die im Genehmigungsverfahren die behördlichen Gutachten erstellt hatten. Es wurden Gutachten zu folgenden Fragen erörtert: Radiologie (Strahlenbelastung im Normalbetrieb), Meteorologie, Hochwasserschutz, Baugründung, Sonderlastfälle (Erdbeben, Flugzeugabsturz, Gastankerexplosion) und Anlagenkonzept (Reaktorsicherheit). Bei diesen Befragungen sind viele lebenswichtige Punkte offen-geblieben bzw. wurde klar, daß die schwerwiegendsten Fälle außer acht gelassen wurden (z. B. das Zusammenschmelzen des Reaktorkerns bei einem Unfall). Diese Punkte werden von seiten der Kläger in der nächsten Verhandlungsrunde in Form von Beweisunterlagen zusammenfassend vorgebracht werden. Wenn das Gericht es mit einer gewissenhaften Klärung der in den Beweisunterlagen genannten Punkte ernst meint, wird es den Beweis-unterlagen stattgeben müssen. Das würde dann be-

deuten, daß zu diesen Punkten Beweis erhoben werden müßte, z. B. durch neue Gutachten.

Im folgenden stellen 5 Kläger aus der Wilster Marsch ihre Eindrücke und Schlußfolgerungen aus den ersten 5 Prozeßtagen dar:

Albert Reimers, Kläger:

Zum Verfahren vom 1. - 5. Oktober

Zum wiederholten Male wurde uns von seiten der Betreiber und den Vertretern des öffentlichen Interesses, den gleichen Gutachtern und gekauften Sachverständigen erzählt, daß nicht schädlich ist, was nicht schädlich sein darf. Wieder mußten wir erleben, daß die sogenannten politisch Verantwortlichen nicht in der Lage waren, ihre

Entscheidungen vor Gericht deutlich darzustellen und zu rechtfertigen.

Ich meinerseits habe zum wiederholten Male meine Erkenntnisse bestätigt bekommen:

- Ein Wasserhaushaltsgesetz dient dazu, einen Einleiter von Schadstoffen vor einer möglichen Strafverfolgung zu schützen.
- Hohe Schornsteine dienen dazu, Schadstoffe demokratisch zu verteilen.
- Eine Strahlenschutzverordnung dient dazu, schädliche Radionuklide in die Umwelt abzulassen.
- Katastrophenpläne sind ein Alibi für Landräte und Ordnungsbehörden, weil es für Strahlengeschädigte keine Heilung gibt.
- Es gibt Verordnungen, mit denen man den Erzeugern von Grundnahrungsmitteln, die von Dritten mit behördlicher Genehmigung vergiftet worden sind, verbietet, ihre Erzeugnisse zu verkaufen.
- Es gibt TÜV-Sachverständige, die sich vorstellen können, daß ein KKW aufgegeben werden muß.
- TÜV-Sachverständige brauchen nur die Störfälle zu begutachten, die von der Behörde vorgeschrieben sind.

Auf meine Frage, ob die Sachverständigen den Mut hätten, eine Notkühlung praktisch vorzuführen, bekam ich keine Antwort.

Rudolf Bolten, Kläger:

Welchen Eindruck habe ich von Schleswig

Gerade wir Älteren, die schon viel erlebt haben, müssen feststellen: Was sind das für Politiker, die trotz Hiroshima, Harrisburg und Brunsbüttel auch weiter am Atomprogramm festhalten und es durchsetzen wollen? In Schleswig wurde wieder sehr deutlich, daß jede Technik schwache Stellen hat und dieses besonders bei Atomkraftwerken der Fall ist. Es gibt keinen Industriezweig, der so gefährlich ist wie ein Atomkraftwerk, wo durch Störfälle Millionen von Menschenleben vernichtet werden können. Auch bei normalem Betrieb wird Radioaktivität abgelassen, was von den Gutachtern der Betreiber auch bestätigt wird:

1. wird durch die Luft die Radioaktivität auf das Gras getragen, wo sie dann von den Milchkühen aufgenommen wird und durch die Milch in die menschliche Nahrungskette gerät.
2. Durch das Kühlwasser des Atomkraftwerks gerät Radioaktivität in den Fluß und von da durch die Ent- und Bewässerungsgräben auf die Wiesen und Weiden, wo sie dann von dem Vieh aufgenommen wird und durch die Milch zu den Menschen gelangt, was besonders bei Kleinkindern schädlich ist und zu Krebserkrankungen führt.

Aus meinen Erfahrungen heraus bin ich zu der Erkenntnis gekommen, daß Fehlentwicklungen von den politisch Verantwortlichen nicht erkannt werden und auch keine Einsicht von dieser Seite zu erwarten ist.

Ein altes Sprichwort sagt: "Wer nich will dieken, de mus wieken." Früher war es so, daß, wenn der blanke Hans in die Marsch eingefallen war und sich dann wieder zurückgezogen hatte, die Überlebenden weiterexistieren konnten. Was uns heute von der Behörde und den Regierenden zugemutet wird, gleicht einer Selbstvernichtung. Es werden Dauerarbeitsplätze und Lebensgrundlagen mit Milliardenbeträgen der Steuerzahler einem Wachstumswahn geopfert. Aus diesem Grunde müßte jeder auf seine Art und Weise diesem Zerstörungswahn ein Ende bereiten. Auch geht es um die Zerstörung unserer Heimat, unserer Lebensgrundlage, die Ernährung der schon Vertriebenen und die Existenzgrundlagen unserer Kinder und Kindeskinde.

Es ist an der Zeit sich zu wehren.

Albert Reimers
Groß-Wisch 9
2211 Wewelsfleth

Gerade auf dem Gerichtstermin kamen diese gefährlichen Punkte wieder klar zum Vorschein. Ich als Milcherzeuger kann es meiner Familie und meinen Mitmenschen nicht zumuten, daß ich solche Milchprodukte in den Verkehr bringe.

Rudolf Bolten
Roßkopp
2211 Wewelsfleth

Werner Götsche, Kläger:

Am dritten Verhandlungstag befaßte sich der "unabhängige" Gutachter Handge mit dem Thema "Radioaktives Wasser aus Kernkraftwerken". In seinem Bericht brachte er klar zum Ausdruck, daß eine Stunde nach Hochwasser das gesammelte radioaktive Wasser aus dem Kernkraftwerk abgelassen würde. Dieses Wasser gelange beim Einlassen von Sperrwasser durch die Schleuse Hollerwettern in die Wettern und weiter, fuhr der Sprecher fort, würden sich dann radioaktive Stoffe in dem Klei festsetzen. Durch maschinelle Wetterreinigung gelangen diese Stoffe an die Oberfläche aufs Land, und durch das Wachstum werden die hier auftretenden Gräser von dem weidenden Vieh aufgenommen;

dadurch sei eine radioaktive Verseuchung durch das Gras auf das Vieh gegeben.

Diese Ausführungen des Herrn Handge genügten mir nicht, und nach einer mir stattgegebenen Wortmeldung konnte ich dem Gutachter und dem Gericht klarmachen, daß nicht nur Sperrwasser in die Wettertern gelange, sondern auch in die Gräben und Gruppen unserer Ländereien. Die Gräben und Gruppen werden in Abständen gereinigt, und der gleiche Vorgang wie an den Wettertern tritt auch hier auf. Ferner mußte ich Herrn Handge ergänzen, daß beim Sperrwassereinlassen mehrere Tiden auf einmal benötigt werden, um alle Ländereien mit

Wasser zu versorgen. Als wichtigsten Punkt, bezugnehmend auf das Sperrwasser, erwähnte ich, daß das radioaktiv angereicherte Elbwasser unserem Vieh als Trinkwasser dient. Nach meinen Ausführungen erwiderte Herr Handge, Traumstandorte für Kernkraftwerke gäbe es nun mal nicht.

Um meinen Ausführungen Nachdruck zu verleihen, ergänzte mich ein anderer Kläger, daß schon 1974 die Sielverbände Hollerwettertern-Humsterdorf (1500 ha) und Brokdorf (900 ha) gegen den Bau des KKWs Brokdorf Einspruch erhoben hätten. In diesem Einspruch heißt es unter anderem, daß außer radioaktivem Abwasser auch ständig Radioaktivität im Luftraum über dem Werk entsteht. Bei den vorwiegend herrschenden westlichen Winden bedeute dieses eine drohende Gefahr für das hinter den Deichen vorhandene gesunde Leben. Diese Gefahr ist schon durch das KKW Brunsbüttel gegeben und würde durch das geplante Werk auf kleinem Raum in einem nicht zu verantwortenden Umfang vergrößert.

Am Freitag, dem 5. Verhandlungstag, waren 4 Sachverständige vom TÜV geladen. Einer erklärte, daß nach neuesten Erkenntnissen mit mehr Störfällen verschiedener Art im KKW zu rechnen sei. Da bekanntlich beim Normalbetrieb, in hohem Maße aber beim Störfall, Radioaktivität in die Luft entweicht und sich auf Blätter und Gräser niederschlägt und besonders von den Milchkühen aufgenommen wird, war meine besorgte Frage, was dann mit unseren erzeugten Produkten wie hauptsächlich Milch und Fleisch geschehe. Die Antwort des Sachverständigen lautete, daß diese Produkte dann sofort aus dem Verkehr gezogen werden. Was dann mit der Bevölkerung geschieht, werden wir hoffentlich bald erfahren, da die Gemeinden der Wilstermarsch die Herausgabe des Katastrophenplanes fordern.

Ich glaube, hier konnte ich dem Gericht verdeutlichen, daß KKWs nicht in dünn besiedelte sondern in unbesiedelte Gebiete gehören - wenn sie überhaupt erforderlich sind.

Werner Götsche
Rosskopp 2
2211 Wewelsfleth

Erwin Ahmling, Kläger:

Stellungnahme zum bisherigen Prozeßverlauf vom 1. - 5. 10. vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig

Ich sehe eine gerechte Urteilsfindung des Gerichts in Frage gestellt und zwar aus folgenden Gründen:

1. Ablehnung einer persönlichen mündlichen Stellungnahme der einzelnen Kläger zum Beginn des Prozesses.
2. Daß nur abhängige und mit den Kernkraftwerksbauplanungen in Brokdorf beschäftigte Gutachter vom Gericht geladen wurden. Diese Leute müssen ausschließlich positive Aussagen machen, sonst würden sie in der Atomwirtschaft keine Anstellung mehr finden.
3. Die ursprünglich schnelle Durchführung des Prozesses, und schließlich
4. die total einseitige Stellungnahme des Vertreters der öffentlichen Belange, die darin gipfelt, daß er sich gleich zu den Rechtsanwälten der Beklagten und Beigeladenen setzt.

Meiner Meinung nach hätte das Gericht zumindest auch unabhängige Gutachter laden müssen, auch wenn sie zum Teil anderer Auffassung sind. Dann hätte man sagen können, das Gericht wäre ehrlich bemüht, sich unabhängig zu informieren, und hätte nach sorgfältigem Abwägen ein gerechtes Urteil fällen können. Auf unsere Einwände und Bedenken wird kaum eingegangen, obgleich wir Kläger mit den örtlichen Gegebenheiten besser vertraut sind als die Wissenschaftler.

Erwin Ahmling
Osterende
2211 Brokdorf

Ekkehard Sachse, Kläger:

Bei dem Versuch des TÜV-Gutachters, sich aus der drängenden und unbequemen Befragung zur Störfälligkeit des Kernkraftwerkes Brokdorf zu lösen, entfuhr diesem die ungeheuerliche Bemerkung:

"Dann ist die Anlage nicht mehr zu retten!"

Auf unsere Nachfrage, was das für die in unmittelbarer Nähe in Wewelsfleth, Dammfleth, Beidenfleth, St. Margarethen und Wilster angesiedelte Bevölkerung in etwa zu bedeuten habe, bezog er sich auf seinen begrenzten Prüfungsauftrag in Richtung auf das Anlagenkonzept. Auch das Gericht blockte unsere wiederholten bohrenden Fragen zu diesem Komplex ab und verwies auf die Katastrophen-Vorsorge der zuständigen Behörden.

Damit war für uns das Maß der erträglichen Zumutung überschritten. Wir fragen seit Jahren nach den Katastrophenplänen für den nuklearen Unfall in Brunsbüttel und werden ebenso lange mit fadenscheinigen Begründungen und entwürdigender Geheimniskrämerei hingehalten, von notwendigen Katastrophenübungen ganz zu schweigen. Hätten wir, die Kläger, diese Feststellung getroffen, "die Anlage ist nicht mehr zu retten", dann wäre sie uns als gemeine Unterstellung vom Gericht gerügt worden. Im umgekehrten Falle ist es nur eine Frage der Kompetenz.

Da hatten wir uns also fünf Tage lang 8 - 10 Stunden Mühe gegeben, der wissenschaftlichen Diskussion eines komplizierten Sachverhaltes zu folgen. Wir waren wie in den hinter uns liegenden Behörden- und Erörterungsterminen willens und bereit, uns von dem Sicherheitsstandard der Kerntechnik für den uns unmittelbar betreffenden

Fall Brokdorf überzeugen zu lassen. Doch wir mußten wieder einmal erfahren, daß auf die entscheidende Frage nach unserer Überlebenschance im Katastrophenfall nicht einmal die genaue Adresse bekannt ist, an die unser Hilferuf dann zu richten wäre. Rückfragen aus der Bevölkerung auf die von mir als Bürgermeister auszulösenden Alarmsignale könnte ich im Augenblick nur mit dieser neuesten Information zur Katastrophen-Vorsorge aus dem Brokdorf-Prozeß beantworten: "Die Anlage ist nicht mehr zu retten!" Und nun wären einige bis auf den Tag noch unbekannte Herren an der Reihe, nämlich zu entscheiden, was daneben noch zu retten ist!

Ekkehard Sachse
2211 Wewelsfleth

Weiteres Vorgehen

Warum es wichtig ist, daß möglichst viele Leute zum Prozeß kommen und Aktionen zum Prozeß machen:

- um klar zu machen, daß die Kläger nicht alleine stehen, sondern auch für uns alle vor Gericht stehen,
- um klar zu machen, daß wir einen Weiterbau nicht hinnehmen werden,
- um im Prozeßsaal eine Stimmung zu schaffen, in der es dem Gericht und der Gegenseite nicht möglich ist, die Kläger abzuwürgen, wenn sie ihre Argumente, ihre Betroffenheit und ihre Interessen in den Prozeß einbringen.

Zur Prozeßvorbereitung (Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen etc.) laden wir ein:

Diskussions- und Koordinierungstreffen im Rahmen des autonomen Plenums der BUU Hamburg, Do. 1.11.79, 19⁰⁰ (pünktlich), Martin-Luther-King-Haus, gr. Saal, Grindelallee 9, 2 Hamburg 13

Der Prozeß geht weiter:

26.+27.11.79, möglicherweise auch noch 29.+30.11.79, ab 9³⁰ Uhr im Hotel Hohenzollern, Moltkestr. 41/ Ecke Schubyst. in Schleswig.

Zur Frage des Eintritts:

Ihr könnt Eintrittskarten beim Verwaltungsgericht Schleswig, Gottorfstr. 2, 2380 Schleswig, bestellen.

Falls ihr keine Karten bekommen solltet, kommt trotzdem, denn bisher waren jede Menge Plätze frei, weil von den ca. 200 Klägern von Walther Soyka kaum welche anwesend waren. Das Gericht muß nämlich Zuhörer hereinlassen, so lange Plätze frei sind.